

# Verbands-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in Brauereien, Brennereien, Mühlen und verwandten Betrieben  
 Publikationsorgan des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Erscheint wöchentlich am Sonnabend  
 Bezugspreis: vierteljährlich 4,80 Mark, unter Kreuzband 6 Mark  
 Eingetragen in die Postzeitungsliste. Redaktionsschluss Montag früh 8 Uhr

Verleger und verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Berlin-Richtenberg  
 Redaktion und Expedition: Berlin D. 27, Schilderstraße 6  
 Druck: Vornbars Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 68

Insertionspreis:  
 Für Inserate aller Art: die sechsgepaltene Kolonellzeile 1 Mark,  
 für Todesanzeigen Zeile 70 Pfennig, für Arbeitsmarkt 80 Pfennig.

## An die Arbeiter der Welt! Auf zur Maidemonstration!

Das Exekutivkomitee des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat in seiner Sitzung vom 2. April d. J. beschlossen, die Arbeiter der ganzen Welt zu einer mächtigen Maidemonstration aufzurufen.

Bereits auf dem letzten Internationalen Gewerkschaftskongress, der im Juli 1919 in Amsterdam abgehalten wurde, wurde unter großer Begeisterung beschlossen, eine Aktion zugunsten der

Sozialisierung der Produktionsmittel einzuleiten.

Die Vertreter der Arbeiterorganisationen aus verschiedenen Ländern haben dort u. a. erklärt:

In Anerkennung der großen Arbeit, die durch die Aktion der Gewerkschaften für die Arbeiter im allgemeinen und für die organisierten im besonderen geleistet wurde, erklärt der Kongress es für notwendig, die Bestrebungen und die Aktion der Arbeiter aller Länder auf die Sozialisierung der Produktionsmittel zu richten, wobei er von der Erwägung ausgeht, daß die Gewerkschaften die Vorbedingung und Grundlage für die Verwirklichung der Sozialisierung bilden.

Die Bewegung, die sich derzeit unter den Arbeitern aller Länder zeigt, ist ein Beweis dafür, daß dieser Wunsch tief in den Herzen der Masse lebt. Und unser Exekutivkomitee ist der Ansicht, daß diese Bewegung in der kräftigsten Weise unterstützt werden muß.

Wir rufen Euch darum auf, für diese Forderung am 1. Mai mit aller Kraft einzutreten und für diese Propaganda jene Form zu wählen, die in dem betreffenden Lande gebräuchlich ist oder von der Landeszentrale dafür gewählt wird. In dem einen Land wird durch Versammlungen oder Aufzüge, in dem anderen Land durch Arbeitsruhe für diese Forderung demonstriert werden. Welches Mittel aber auch gewählt werden möge:

Die Sozialisierung der Produktionsmittel muß am 1. Mai als unsere vornehmste Forderung im Vordergrund stehen!

Daneben soll, einem Beschluß des Exekutivkomitees entsprechend, als nächstwichtigste Forderung für den Maitag die rasche Durchführung der Beschlüsse der Arbeitskonferenz von Washington aufgestellt werden.

Auf dieser Konferenz wurden eine Reihe von Beschlüssen zum Schutze des Arbeiterlebens, im Interesse der Kranken, der Arbeitslosen, der Invaliden und zugunsten der Einführung des Achtstundentages gefaßt.

Wir sind der Meinung, daß verschiedene Regierungen mit der Durchführung dieser Beschlüsse allzu lange zögern. Sollten sie gegenüber unseren berechtigten Forderungen kein Entgegenkommen zeigen, so müßten sie durch die organisierte Macht der Arbeiter dazu gezwungen werden.

Wir wollen die ganze organisierte Macht unserer

20 Millionen Arbeiter,

vereintigt im Internationalen Gewerkschaftsbund, aufbieten, um der Not und den Entbehrungen, unter denen das Proletariat immer noch leidet, so rasch als möglich ein Ende zu machen.

Wir werden nicht dulden, daß mit unseren Interessen ein Spiel getrieben wird!

Wir verlangen, daß unsere Forderungen schleunigst bewilligt werden!

Wir fordern Euch daher auf, nunmehr alle trennenden Gegensätze beiseite zu lassen und am 1. Mai gemeinsam den Kampf zu führen gegen alle Mächte, die die Rechte der Arbeiter antasten und die die materielle Notlage bestehen lassen wollen.

Wir rufen Euch auf zum Kampf für den Frieden, für das Recht und das Wohl der Arbeiterschaft!

Dieses Ziel wird erreicht werden, wenn alle Arbeiter sich im Kampf vereintigen für diese beiden Forderungen, die die internationale Gewerkschaftsbewegung stellt:

Sozialisierung der Produktionsmittel!

Durchführung der Beschlüsse von Washington!

Unsere Losung muß sein:

Kampf und Disziplin!  
 Kampf für unsere Rechte!  
 Gegen die Reaktion!

Es lebe die Internationale der Arbeit!

- W. A. Appleton, England, Vorsitzender.
  - L. Jouhaux, Frankreich, 1. Vizevorsitzender.
  - C. Mertens, Belgien, 2. Vizevorsitzender.
  - C. Begien, Deutschland.
  - G. Dumoulin, Frankreich.
  - A. Dürr, Schweiz.
  - O. Bian, Rumänien.
  - A. Zaherle, Tschecho-Slowakei.
  - J. B. Williams, England.
  - Sto Jimmen, J. Dudgeest, Holland.
- Sekretäre.

### Auferstehung.

Vorüber nun des Winters Nacht,  
 Der Frühling weckt rings neues Leben,  
 Und in der Erde weitem Schoß  
 Geheimnisvolle Kräfte weben . . .  
 Sieh, alles drängt empor zum Licht,  
 Millionen Keime langsam spritzen,  
 Jetzt gilt's, nach langem Winterschlaf,  
 Die gold'ne Sonne zu begrüßen.

Und aus den Tiefen, von den Höhn,  
 Ein Echo bringt zu uns hernieder,  
 Der Menschheit Auferstehungstag:  
 Der erste Mai, er kehrt uns wieder. —  
 Nicht sollst du mehr in langer Fron  
 Der Arbeit schweißige Hände regen,  
 Nicht darben nur mit Weib und Kind,  
 Nein, dir auch winkt der Erntesegen.

Wenn man dich einst verfolgt, bedrückt,  
 Gezwängt ins harte Joch, zu leiden,  
 Empor das Haupt, ein frei Geschlecht  
 Genieße voll des Daseins Freuden. . . .  
 Du hast die Kraft, dir ward die Macht,  
 Aus Thranen dich zu erheben,  
 Die Hand gereicht in Stadt und Land  
 Zu wahrhaft menschenwürdigem Leben. —

Die ihr den schwarzen Diamant  
 Der Mutter Erde Schoß entnommen,  
 Die grübelnd ihr den Geist zernüchert,  
 Als Kampfer alle uns willkommen.  
 Und schlägt die Reih'n, der Wahltag naht,  
 Ein Volksgericht gilt's abzuhalten,  
 Denn Lichtscheu sind sie noch am Werk  
 Des Hegejabrats Spitzgeschalten. . . .

O Licht- und Sonnenspender Mai,  
 Nach allem Dunkel rings ein Ende,  
 Stärk' uns im Glauben, daß uns naht,  
 Des deutschen Volkes Zukunftswende.  
 Begrüßt von Millionen heut  
 Mag unser Lied dir froh erklingen,  
 Der Freiheit bahntest du den Weg,  
 Laßi schaffend uns das Werk voll-  
 bringen.

Eberwalde. Franz Heinrich

### Noch mehr Organisation!

Entrechtet und geknechtet war die Arbeiterschaft ohne Organisation. Die Erkenntnis ihrer Lage bedingte die Erkenntnis, daß die Arbeiterschaft selbst nur sich helfen, sich mehr Rechte verschaffen, der Ausbeutung entgegenzutreten konnte. Nicht der einzelne, der ist machtlos, sondern gemeinsam, zusammengeschlossen in der Organisation. Organisation bedeutet Macht, und Macht schafft Recht. So wurde die Organisation aus der Erkenntnis geboren, daß nur das gemeinsame Streben, die zusammengefaßte Kraft Erfolg haben, die Zustände bessern, Unrecht beseitigen kann. Die Unterdrückung und Ausbeutung ist im kapitalistischen System begründet, und die Träger dieses Systems hatten ein Interesse daran, die Arbeiter an der Ausübung ihrer Macht durch die Organisation und somit das Entstehen der Organisation selbst zu verhindern. Und sie taten dies mit aller Rücksichtslosigkeit. Die den Zusammenbruch der Arbeiter propagierten, wurden gemäßigt, verfolgt und von Ort zu Ort gehetzt, sie hatten die ganze „Ordnungs“gesellschaft, Justiz und Polizei gegen sich. Die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Organisation war auch mit diesen Mitteln nicht auszurotten, sie breitete sich aus trotz aller Verfolgungen, sie setzte sich durch und schuf im steten Kampf gegen die Unterdrücker in den in heutiger Stärke vorhandenen Organisationen wirksame Mittel zur Vertretung der Rechte und Interessen der Arbeiter.

Die Ausbeutung und Unterdrückung ist international. Deshalb fand sich auch die Arbeiterschaft aller Länder mit der Zeit zusammen zum gemeinsamen Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung. Der Internationale Arbeiterkongress 1889 in Paris erhob Forderungen für ausbreitenden Arbeiterschutz, den Achtstundentag und für Verbrüderung der Völker zur Vermeidung blutiger Kriege, die auch im kapitalistischen System begründet sind. Und die Arbeiterschaft hat in diesem Sinne in ihren Organisationen dauernd gewirkt. Nicht mehr ist sie schutzlos und schrankenlos der Ausbeutung preisgegeben, nicht mehr ist sie rechtlos wie ehemals, der Achtstundentag ist so gut wie internationales Gesetz, nur das schrecklichste der Uebel, den blutigen Krieg, hat sie bisher noch nicht verhindern können. Dazu waren die Organisationen noch zu schwach. Aber sie müssen erstarken, sie müssen ausgebaut werden, sie müssen allumfassend werden, denn ist ein Krieg gegen ihren Willen nicht mehr möglich.

Deshalb heran zur Organisation. Der 1. Mai erinnert uns wieder an die Pflicht, unsere Machtmittel zur Vertretung unserer Interessen zu verstärken und unüberwindbar zu machen. Nicht nur zur Vertretung unserer sozialen, wirtschaftlichen Interessen, nicht nur zur Erhaltung unserer politischen Rechte, auch zur Verhinderung künftigen Völkermordens. Die Arbeiterschaft kann ihre Aufgabe erfüllen, wenn sie einig ist, und einig ist sie nur in der straffen, geschlossenen Organisation. Immer noch stehen viele der Organisation fern, sie haben ihre Pflicht noch nicht begriffen, in ihrem eigenen Interesse das Selbstverständliche zu tun. Sie müssen zur besseren Erkenntnis gebracht werden, sie müssen zum Pflichtbewußtsein erzogen werden, sie müssen überzeugt werden, daß sie für ihre eigenen Interessen mitzuarbeiten und mitzuwirken haben an dem Platz, den sie auszufüllen haben: in der Organisation. Niemand darf mehr abseits stehen, die Organisation braucht jeden Arbeiter männlichen und weiblichen Geschlechts zur Erfüllung ihrer Aufgabe, deshalb mehr Organisation: d. h.:

Niemand mehr außerhalb der Organisation! Das soll auch die Forderung am 1. Mai sein, die zu erfüllen ist und an deren Erfüllung jeder mitwirken muß.

### Die neuen Grundlagen der Reichsfinanzen.

(Alle Rechte vom Verfasser vorbehalten.)

Die Finanzen des alten Reiches waren dessen schwächste Seite von jeher gewesen. Nach der Reichsmatrixel wurden im alten heiligen römischen Reiche deutscher Nation die Sommermonate ausgezehrt, wenn der Kaiser für einen Secrezög Geld brauchte. Danach haben die Matrikularbeiträge im neuen Reich ihren schauerhaften Namen erhalten. Was das Reich an notwendigen Ausgaben durch indirekte Steuern und Zölle nicht aufbringen konnte, das sollte durch die Matrikularbeiträge auf die Gliedstaaten verlegt werden. Die direkten Steuern blieben den Einzelstaaten vorbehalten, und auch am Ertrage der indirekten Steuern und der Zölle sollten sie von einer bestimmten Höhe ab einen Anteil haben, um dem Reichstag auf diesem Umweg ein Hausbesitzverwilligungsrecht zu sichern.

Doch es ist hier nicht der Ort, näher auf die Einzelheiten des Finanzrechtes des alten Reiches einzugehen. Der komplizirte Stand bestand darin, wie der bairische Staatsmann u. Regemann treffend bemerkt hat, der Reichsfinanzminister immer von den Vätern seine Steuerbüchel schütteln wollte, von denen sie die Finanzminister der Einzelstaaten bereits gesäubert hatten: So wurde das Reich zum lästigen Schlingensiefel der Einzelstaaten. Die gegenseitigen Finanzen hatten sich schon lange vor dem Krieg in ihrem Gleichgewicht bedeckt. Die wiederholten Reichsfinanzreformen von 1806 und 1809 waren nicht imstande, geordnete Zustände zu schaffen. Diese finanzielle Schwäche ist auch der Grund davon gewesen, daß wir den ganzen Krieg durch Anleihen statt durch Steuern finanziert haben. Was keine Steuerreform zu leisten vermochte, das ergötzt nunmehr die große Rat des Reiches. Der Entwurf eines Landessteuergesetzes zeichnet die Grundlagen einer von Grund auf neuen Verteilung der Besteuerungsrechte und der Lasten zwischen Reich, Ländern und Gemeinden an. Dazu sollen die Steuergebiete des Reiches und der Länder und Gemeinden neu abgegrenzt und die Bestimmung der Grenzen sichergestellt werden. Den Ländern und Gemeinden wird eine Beteiligung am Ertrag der neuen Reichsteuern und eine gemeinschaftliche Bewirtschaftung der Steuern unter Führung des Reiches gewährleistet. In der Begründung heißt es wörtlich: „In diesem Zusammenhang und in der Gesamtwirtschaft, die aus der gemeinsamen Finanznot geboren sind, und die den Gedanken der Reichseinheit immer Erfüllung entgegenführen, liegt eine notwendige Voraussetzung für das Gelingen der Steuerreform; denn nur auf diesem Wege löst sich die äußerste Anspannung der Kräfte überall im Reiche verwirklichen. Solche äußerste Anspannung kann aber allein den Versuch zur Bewältigung der ungeheuren finanziellen Schwierigkeiten zum Ziele führen.“ Nach einer Erklärung des Reichsfinanzministers in der Nationalversammlung am 8. Dezember 1919 sind nämlich jährlich mindestens 24 Milliarden durch Abschöpfungen aufzubringen. Belastet sollen werden: 1. das Vermögen mit 2,5 Milliarden, 2. das Einkommen einschließlich der erwerbenden Ertragsbesteuerung mit 10,1 Milliarden Mark, 3. der Vermögenszuwachs einschließlich der Erbschaften mit 1 Milliarde Mark, also an direkten Steuern zusammen 13 Milliarden Mark. An indirekten Steuern sollen ergeben: 1. Umsatz- und Luxussteuer 4 Milliarden, 2. Verbrauchssteuer 2,5 Milliarden, 3. Kollisionssteuer 2 Milliarden, 4. Tabak- und Stempelsteuer 1 Milliarde, 5. Zölle 1,5 Milliarden, also indirekte Abgaben zusammen 11 Milliarden Mark.

Daneben sollen auch für die wichtigsten Steuern, die den Ländern und Gemeinden verbleiben sind, übereinstimmende Grundlagen geschaffen und die übermäßigen Unterschiede in der Belastung der einzelnen Länder und Gemeinden gemindert werden. Höchste Vereinfachung aber darf nicht angestrebt werden, denn diese würde mit der Verminderung der Autonomie der Länder und der Selbstverwaltung der Gemeinden erkauft werden müssen und so die wichtigsten Elemente des politischen Lebens in Deutschland gefährden.

§ 1 des Gesetzes wird dem Reich der erste Zuschuß zur Abgrenzung der Steuergebiete zugeteilt: Die Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) sind berechtigt, Steuern nach Bundesrecht zu erheben, soweit nicht die Reichsverfassung und die gemäß der Reichsverfassung erlassenen reichsrechtlichen Vorschriften entgegenstehen.“ Weiter heißt der Entwurf dem Grundgedanke der Ausschließlichkeit der Reichsteuern auf und außerhalb Landes- und Gemeindegebieten, die die Steuerleistungen des Reiches zu erfüllen geeignet sind, sofern übermäßige Interessen der Reichsfinanzen entgegenstehen. Diesen Grundgedanke entgegenstehende Gesetze und Bestimmungen werden aufgehoben und gegen neue Bestimmungen der Gemeinden hat der Reichsminister der Finanzen oder die dem Reichsminister die allgemeine Aufsicht über die Gemeinden der Reichsfinanzen übertragen. Einmal zu dem Reich auf der einen und den Ländern und Gemeinden auf der andern Seite eine Halbmögensübertragung über die Frage des Rückwärts mit Rücksicht, so entspricht der Reichsfinanzminister, daß es sich nicht um die Schließung der Finanzen des Reiches, so entspricht der Reichsminister nach jedem Gemeindefortschritt. Die Ausübung der eigenen Steuerleistungen ist für die Länder und Gemeinden die allgemeine Voraussetzung der Fortdauer an Erträgen der Reichsfinanzen. Die Länder sollen Steuern vom Ertrage des Vermögenszuwachs und des Gemeindefortschritts erheben, können diese Steuern aber teilweise ihren Gemeinden und Gemeindeverbänden übertragen. Diese Steuern dürfen jedoch nur bei Anwesenheit der Reichsfinanzen, nicht bei Einkommensverlusten abgezogen werden. Infolgedessen sollen

Besteuerungsmerkmale, die auf die Berücksichtigung der persönlichen Leistungsfähigkeit abzielen, nicht zugrunde gelegt werden, da sonst die Grenze gegenüber der Einkommensteuer verwischt wird. Nachdem das Reich auf eine Vergünstigungssteuer verzichtet hat, wird den Gemeinden allerdings die Verpflichtung zur Erhebung einer solchen auferlegt. Die Normalbestimmungen soll der Reichsrat erlassen.

Das Reich nimmt die Einkommensteuer ausschließlich in Anspruch, da nebeneinander herlaufende Einkommensteuern der drei Steuerläufigen Reich, Länder und Gemeinden verwirrend wirken, die Arbeit der Behörden verdoppeln und verdreifachen und die Steuerpflichtigen in unermesslichem Maße belästigen würden. Die Länder und Gemeinden müssen allerdings dabei auf die Selbstfähigkeit ihrer Finanzierung und die Beweglichkeit ihrer Ausgaben zugunsten des Reiches verzichten. „Zuschlagesautonomie“, heißt es in der Begründung wörtlich, „ist aber mit sofortiger stärkster Anspannung unvereinbar.“ Der gleichzeitig vorgeschlagene Entwurf eines Reichseinkommensteuergesetzes geht bis an die äußerste Grenze der Belastungsmöglichkeit und macht tatsächlich Zuschläge unmöglich. Sollte man durch Zuschläge diese Grenze überschreiten, so würde man die Ertragszahlreicher Steuerpflichtiger vernichten und die Kapitalbildung verhindern und damit die Grundlage für den Bestand und Fortschritt der Volkswirtschaft zerstören.

Die hohen Sätze der Reichseinkommensteuer bilden das Gegenstück der außerordentlichen Erhöhungen der indirekten Steuern. Durch die Zuschläge entstehen unerträgliche Unterschiede in der Höhe der Belastung. „Die Unterschiede haben sich so weit ausgewachsen, daß die leistungsfähigen Steuerpflichtigen die Gemeinden mit hohen Zuschlägen meiden und sich durch die Flucht in Gemeinden mit niedrigen Zuschlägen weitgehende steuerliche Vorteile vor der an die Arbeitsstelle gebundenen ärmeren Bevölkerung verschaffen. Steuerflucht und Steuerhosen wirken antisozial und demoralisieren die Steuerpolitik der Gemeinden.“ Auf diesem Wege wird vielfach die vom Gesetz gewollte Progression der Steuern geradezu in eine Regression zurückgeführt der höheren Einkommen verwandelt. Es bleibt also nichts anderes übrig, als den Ländern und Gemeinden an Stelle der von ihnen selbst zu bestimmenden Einnahmen feststehende Anteile an der Reichseinkommensteuer zuzuwenden. Dabei besteht die Gefahr, daß die Steuern zur Deckung der Ausgaben des Reiches, der Länder und Gemeinden nicht ausreichen, um alle Wünsche der Steuerläufigen einschließlich der neu hinzutretenden Aufgaben zu decken. Bei der notwendigen gegenseitigen Rücksichtnahme kann die Verteilung nur nach dem Verhältnis der lebenswichtigen Bedürfnisse vorgenommen werden. „Den Ländern und ebenso dem Reich bleibt nur übrig, die Ausgaben nach den Einnahmen zu bemessen und ungedeckte Bedürfnisse zurückzustellen.“ Und weiter: „Kein Versuch zur Rettung aus der Finanznot kann gelingen, wenn die Steuerreform nicht mit dem Entschlusse gepaart wird, die Ausgaben unter allen Umständen den nicht mehr steigungsfähigen Einnahmen anzupassen.“ Die Länder und Gemeinden haben den verbleibenden Rest von Steuerleistungen auszubauen und ihre wirtschaftlichen Unternehmungen möglichst ergiebig zu gestalten. Sie haben mit den beschränkten Einnahmen „so zu wirtschaften, daß die Lebensinteressen gewahrt bleiben und Kultur und Wirtschaft auch in dem enger gespannten Rahmen vor Verfall gerettet werden.“ Der Gedanke einer Fürsorgepflicht des Reiches für die Gemeinden wird als abwegig und als eine Fortsetzung der finanziellen Möglichkeiten zurückgewiesen. Verzögert sich ein unruher Verband in Zahlungsunfähigkeit so kann er die Hilfe des übergeordneten Verbandes nur durch zeitweisen Verzicht seiner Selbstverwaltung erkaufen.

### Gewerkschaften und Heimstättenbewegung.

Von dem Aktionsausdruck der deutschen Gewerkschaften für das Reichsheimstättenamt (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Deutscher Gewerkschaftsbund, Verband der deutschen Gewerkschaften — Christlich-Sozialistische Gewerkschaften — Arbeitsgemeinschaft freier Angehörigerverbände, Gewerkschaftsbund der Angestellten und Arbeiterbeamtenverbände), hinter dem sämtliche deutsche Berufsorganisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten mit ihren etwa 15 Millionen Mitgliedern stehen, geht uns der folgende Aufruf an:

Ihr Männer und Frauen des Volkes, laßt euch durch keinen Namen und durch kein Schlagwort mehr hindern! Wir wollen leben! Wir verlangen Brot und Hoffnung für die Zukunft!  
Was war die Entwicklung bisher?  
Arbeiter, Angestellte und Beamte forderten höhere Löhne, höhere Gehälter. Die Notendrucke ging schneller. Mehr Geldgebern kamen unter die Sonne. Papiergeld! Die Folge war ein gleichzeitiges Steigen der Preise — wieder Inflation und wieder Arbeitslosigkeit — wieder Steigen der Preise! Unruhen, Unversöhnlichkeit! Soll es so weitergehen? Nein und niemals! Der Weg zu einem neuen Aufbau muß beschritten werden, zu einem Aufbau im Geiste der Gemeinschaft und Gerechtigkeit. Eine unerschütterliche Voraussetzung dazu ist die Beseitigung des Lebens von einem falschen Recht, das ihn die Quelle allen Lebens und Wohlbefindens, vielfach erniedrigt hat zu einem Gegenstand des Wuchers und der Ausbeutung. Der erste entscheidende Schritt ist ein Heimstättenrecht, das jedem Volksgenossen die Möglichkeit eröffnet, eine gesunde Heimstätte für sich und die Seinen zu gewinnen. Grundbesitz wird Hände werden denn neu beschäftigt, kann nicht an die Heimstätte liegt der Grund!  
Der Boden muß in ganz anderer Weise als bisher wenigstens teilweise gärtnerischer Nutzung dienlich gemacht werden —

unter Ausschaltung jeder Spekulation. Jede Stadt muß von einem dichten Netz von Gärten umgeben sein!

Kann zeitlich nicht gebaut werden, dann wollen wir wenigstens zur gärtnerischen Arbeit den Boden haben! Wie bald wird dann der Heimstättenboden, der bis dahin nur Kartoffeln trug, oder sogar als Spekulationsland brach liegen blieb, zwei- oder dreimal soviel Nahrungswerte hervorbringen, und zwar durch Arbeitskräfte, die bisher nach einer achtstündigen Berufsarbeit lerteten. Die wichtigsten Lebensgüter, Nahrung und Wohnung, werden vermehrt; das Angebot steigt. Arbeiter, Angestellte und Beamte haben außer ihrem Lohn noch die Ertragnisse ihrer Gartenarbeit und Kleintierzucht.

Duften wir keine Spekulation mit den Lebensmitteln und Lebensgütern, die wir dem heiligen Grunde unseres Vaterlandes verdanken!

Duften wir keine planlose Vergewendung, keinen Wucher mit den Stoffen, aus denen wir unsere Heimstätten erbauen müssen.

Die Bodenpekulation hat unser Volk zermürbt! Tenebrosen Boden bedeutet Mietkassernen, in denen in überfüllten Wohnungen die geistige und körperliche Gesundheit unserer Kinder vernichtet wird. Nur auf billigem, vor Wucherhänden geschütztem Boden können Heimstätten errichtet werden.

Nur solche Volkregierung hat Aussicht, bestehen zu bleiben, die jetzt sofort zur rechten Tat schreitet! Als erste soziale Tat fordern wir: Befreiung des Bodens von jeder Spekulation. Wir fordern ein durchgreifendes Heimstätten-gesetz!

Kein Heimstätten-gesetz aber wird helfen, wenn nicht in der Reichsregierung eine Stelle vorhanden ist, die alle damit zusammenhängenden Fragen einheitlich zu behandeln Recht und Pflicht hat, eine Stätte, die dem deutschen Volke und seinen Vertretern dauernd verantwortlich bleibt für eine enge und entschlossene Durchführung dieser entscheidenden Zukunftsaufgaben. Deshalb fordern wir die sofortige Errichtung eines Reichsheimstätten-amtes.

Boden darf nur eine Stätte der Arbeit und niemals eine Quelle arbeitslosen Gewinns sein. Der deutsche Boden muß in das gesicherte Nutzungsrecht derjenigen übergeben, die ihn als Heimstättenland benutzen wollen. Wer bereits Laubland als Pachtland hat, der soll ein Vorrecht auf dieses Land unter dem Heimstättenrecht haben.

Jedem, der Heimstättenboden haben will, muß dieser Boden bereitgestellt werden. Volkswahl über Spekulationen! Nur so kommen wir zur Anerkennung ehrlicher Arbeit und zur inneren Ruhe!

### Uraufforderung und Streik in den Brauereien Groß-Berlins.

Die Betriebsräte und Vertrauensleute der in den Brauereien in Frage kommenden Organisationen beschlossen in einer Versammlung am 21. April nach dem Bericht des Kollegen Sodapp und nach längerer und heftiger Diskussion, das Lohnangebot der Unternehmer den Kollegen in den Betrieben zur Uraufforderung zu unterbreiten.

In der Hauptsache handelt es sich um das Tourenfahrpersonal. Während dieselben ein Lohn wöchentlich 220 Mk. verlangen, wollen die Brauereien nur 180 Mk. geben. Wenn auch das Einkommen von 220 Mk. die Woche garantiert wird, so müssen doch die betreffenden „basstabe immer erst durch ihren Bierumtrieb erzielen. Das Fahrpersonal ist der Meinung, daß bei der gewaltigen Bierpreissteigerung, welche die Brauereien vorgenommen, es kein Vorteil von den gewährten Provisionsätzen hat, da ja nach ihrer Meinung der Bierumtrieb erheblich zurückgehen wird. Was aber weiter mit zur Ablehnung beiträgt, ist, daß die Unternehmer ihr Angebot davon abhängig machen, die ersten drei Monate überhaupt keine Forderungen mehr zu stellen. Die Vertrauensleute und Betriebsräte stehen auf dem Standpunkt, weil die wirtschaftliche Lage eine so verlorene ist, müsse das Verlangen abgelehnt werden.

Die Uraufforderung selbst ist am Donnerstag resp. am Freitag in den zum Tarifgebiet gehörenden Brauereien und Bierunterlagen vorgenommen worden. Auf Grund des Abstimmungsresultates beschlossen die Betriebsräte und Vertrauensleute am 24. April in den Streik zu treten.

Eine weitere am Sonntag, 25. April, stattfindende Funktionärsversammlung der streikenden Brauereiarbeiter nahm dem Situationsbericht der Streikleitung entgegen.

Aus dem Bericht von Sodapp war zu entnehmen, daß der Streik reiflos erfolgt ist. Die endgültige Zahl der Streikenden kann erst im Laufe des Monats festgestellt werden. Die Stimmung unter den Streikenden ist dahingehend, daß sie gewillt sind, bis zur Erfüllung ihrer gerechten Forderungen im Streik auszuharren. Als hauptsächlichste Streitpunkte sind bezeichnet worden: Die Erfüllung der Forderungen des Fahrpersonals und die Verlängerung der von den Unternehmern auf drei Monate festgesetzten Kalkulationszeit für die Lohnsätze. Nach eingehender Debatte wurde der am Freitag gefasste Beschluß aufrechterhalten, wozu das Rütteln der Pferde verwendet wird. Die Versammlung beschloß gegen etwa 15 Stimmen: Die Streikenden sind bereit, die Postenarbeit des Bierbesäufers auszuführen, wenn die Arbeitgeber sich bereit erklären, die technischen Notfälle aus den Betrieben fernzuerhalten bzw. wo diese schon in Tätigkeit getreten ist, aus den Betrieben herauszuführen. Die Betriebsräte sind beauftragt, zur Angelegenheit dieser Angelegenheit sofort mit den Betriebsleitungen in Verbindung zu treten.

Die Versammlung beschloß weiter, daß die Streikenden kein Interesse daran haben, daß die in den Brauereien Friedebach und Deutsche Verbraucher in Wilsdorf lediglich mit abfertigbar beschäftigten Arbeiter in den Streik treten bzw. im Streik verharren. Im übrigen wurden die bisherigen Maßnahmen der Streikleitung gutgeheißen.

Die Streikleitung befindet sich im Verbandsbureau, Malodstr. 10, I.

Bewegungen im Berufe.

Brauereien, Bierneidertagen.

† Augsburg. Nachdem am 30. März die Verhandlungen mit dem bayerischen Brauerbund betreffs Steuerungszulage für die drei Zonen erledigt waren, fanden auf Grund des Sonderabkommens am 9. April die Verhandlungen über die Steuerungszulage für Augsburg statt. Die Augsburger Brauereiarbeiter forderten zu ihren bestehenden Wochenlöhnen von 130 bis 132 M. für sämtliche Arbeitnehmer eine wöchentliche Zulage von 70 M. Außerdem für alle Arbeiter eine Wirtschaftshilfe von 300 M. Die Arbeitgeber boten eine Zulage von 60 M. pro Woche und als Ausgleich für Bier weitere 5 M. wöchentlich. ...

† Hirschenwalde. Die am 17. April stattgefundene Mitgliederversammlung beschäftigte sich mit der bevorstehenden Lohnbewegung der hiesigen Brauereiarbeiter. Die Löhne betragen zurzeit für Gelehrte 110 M., für Angelernte 104 M. Die Versammlung bedauert, daß der Lohnsatz nicht schon im vergangenen Jahre gekündigt wurde. ...

† Kiel. Streik bei der Paphenhofer Niederlage. Seit November steht die Organisation mit der Vertretung der Paphenhofer Brauerei Berlin in Verhandlung, damit dem hiesigen Personal der Niederlage der hiesiger Lohnsatz bezahlt wird. Den Vertretern wurden noch im November Wochenlöhne von 78 M. bezahlt. ...

Mühlen.

† Frankenthal. Die Arbeiter der Pfälzischen Molkerei in Frankenthal (Zub. Wilh. Mohr) in Alshausen bei Grumbach haben durch Wiederholung der Arbeit einen streikenden Sieg errungen. Der Vorsitzende Klement Frankenthal hatte Mitte März mit Herrn Mohr eine Verhandlung über 25 M. wöchentliche Zulage und 100 M. Wirtschaftshilfe. ...

letzten Mann, einschließlich des Obermüllers, die Arbeit nieder. Am nächsten Tage war man schon geneigt, mit Klement Frankenthal zu verhandeln. Es wurden weitere 30 M. Zulage pro Woche erzielt, die achttündige Arbeitszeit anerkannt, welche bisher noch eine eifftündige war, Bezahlung der Ueberstunden nebst Nachtzuschlag, Urlaub nach zwei Jahren sechs Tage, die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld wird bis zu 12 Tagen ausgeglichen. Die Vereinbarung besteht auf gegenseitiger vierwöchentlich Ründigung.

Mögen aus dem die Kollegen auf den ländlichen Mühlen die Lehre ziehen, daß auch sie eine Macht bilden in Geschlossenheit. Vorstehendes trifft auch bei den Mälzern in Neuland zu. Hier hat man ganz nach demselben Schema gehandelt, erst hat man Ernst machen müssen, dann konnte in Verhandlungen etwas erreicht werden. Also, ist der Betrieb noch so abgelegen bzw. noch so klein, eine Organisation ist notwendig, sie ist zur Lebensnotwendigkeit aller Arbeiter geworden.

Brennereien, Hefefabriken.

† Gamm. Streik bei der Firma Gebr. Asbed, Brennerei und Hefefabrik. Nachdem wir schon im März, nach Ablauf des Tarifes, neue Forderungen eingereicht hatten, welche einigermaßen der heutigen Zeit entsprechen, kam es jetzt endlich zur Verhandlung. ...

Korrespondenzen.

Bayern. Die Brauereiarbeiter, Mühlenarbeiter, Nährmittelarbeiter, Gasmühlenerbeiter und Brennereiarbeiter werden aufgefordert, sich niemals durch Unterschrift herbeizulassen, mit diesem oder jenem einverstanden zu sein. Die kleinen Brauereibesitzer versuchen dieses Manöver immer wieder, sich von ihren Arbeitern in irgendeiner Weise Unterschrift geben zu lassen. ...

Nur ein Fall. Bei dem Brauereibesitzer Winkler in Welfurg O.-B. wurde der Tarifvertrag (Bundes-Tarifvertrag, reichsweitlich anerkannt) eingereicht. Herr Winkler, obwohl Mitglied, hält es gar nicht ein, den Vertrag einzuschließen. Die Brauereiarbeiter gaben dem Verhandlungsvertreter die Vollmacht, Herrn Winkler beim Amtsgericht Parsberg um die Anerkennung bzw. Lohnzahlung laut Vertrag zu verklagen. ...

Meißen. In einer gutbesuchten Versammlung sprach Kollege Brödder über Zwangswirtschaften, welche erhebliche Schwierigkeiten bei Lohnbewegungen hervorrufen und dadurch die Kollegen harten Geduldproben ausgesetzt sind. ...

Festschluß. Die Zahlstille Festschluß hielt am 11. April eine außerordentliche Versammlung im Vereinslokal, Meißner, 10. ab, wozu Kollege Ober, Statin, erschienen war. ...

Rundschau.

Aus Industrie und Beruf.

Kapitalerhöhungen. Die Wesermühlen A.-G. Gameln schlägt Erhöhung um 1,5 Millionen Mark auf 4 Millionen Mark vor. Die Rathenower Dampfmühlen A.-G. um 1,5 Millionen Mark auf 2,5 Millionen Mark. Die Nationalbrauerei Braunschweig erhöhte ihr Aktienkapital um 0,75 Millionen Mark auf 1,65 Millionen Mark. Die Malinger Aktienbrauerei beantragt Erhöhung um 0,3 Millionen Mark auf 3,8 Millionen Mark.

Betriebskonzentration. Sämtliche Aktien der Brauerei Weissenburg, Ob- u. Klein- u. G., Lippstadt, von 1.600.000 M. sind in den Besitz der Brauerei zum Felsenkeller in Herford und der Villa-ria-Brauerei A.-G. in Bochum übergegangen. ...

Die Kognak- und Hefefabrikation in der ehemaligen Dessauer Feldschützen-Brauerei soll von der Firma Gebr. Wulff Mitte Mai aufgenommen werden.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Verbindlichkeit der Tarifverträge. Das Reichsarbeitsministerium kann Tarifverträge, die für die Gestaltung der Arbeitsbedingungen in dem Tarifgebiet überaus große Bedeutung erlangt haben, für allgemein verbindlich erklären. Die Tarifverträge erlangen damit auch gegenüber den am Abschluß des Tarifvertrages nicht Beteiligten für alle nach der Art der Arbeit hierunter fallenden Arbeitsverträge verbindliche Kraft. ...

Aus der Unternehmerorganisation.

Bereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände. Der Mittelverband der Vereinigung hat im Jahre 1919 wesentliche Fortschritte gemacht. Wie der Geschäftsführer, Dr. Langler, auf der letzten Mittelglieder-Versammlung mitteilte, wurden am 1. Januar 1920 150 unmittelbar angeschlossene Verbände gegen 76 im Jahre 1919 gezählt. ...

Volkswirtschaftliches Soziales.

Die erhöhten Postgebühren sollen schon am 1. Mai in Kraft treten. Die Nationalversammlung hat in der Sitzung vom 24. April folgende Sätze beschlossen:

Table with 2 columns: Postarten and Postgebühren. Rows include Briefe bis zu 20 Gramm, Briefe über 20 bis 250 Gramm, Drucksaften bis 50 Gramm, etc.

Wirkungen des Alkoholverbotes. In der „Freiheit“ Nr. 111 vom 8. April finden wir folgende Notiz: Wirkungen des Alkohols. Bekanntlich stehen die Vereinigten Staaten seit einiger Zeit unter dem Verbote des Ausbaus und Vertriebes von alkoholischen Getränken. ...

In anderen amerikanischen Städten ging es ähnlich so. Es handelt sich hier um Weichplattalkohol.

Nach einer Washingtoner Meldung der „Berliner Morgenpost“ beschäftigt die amerikanische Liga gegen das vollständige Alkoholverbot eine Statistik, die zeigt, daß seit dem Inkrafttreten des Alkoholverbotes die Zahl der Verbrechen in den Vereinigten Staaten sich in geradezu erschreckender Weise vermehrt hat, anstatt zu sinken.

Der Alkoholverbot in Amerika. Während in den Vereinigten Staaten noch erörtert um das Alkoholverbot gekämpft wurde, hatte sich bereits eine traurige Folgeerscheinung dort in zunehmendem Maße bemerkbar gemacht, der Genus von „Drogen“, von Narkotika und Narkotika aller Art. Um diese „Krankheit“, die bereits unzählbare Opfer gefordert hat, genau kennen zu lernen, wurde eine besondere Kommission zum Studium widerrechtlicher Gebrauches von Drogen eingesetzt, und sie hat nun einen sehr bezeichnenden Bericht erstattet, dem der „Folter Mond“ die folgenden Zahlen entnimmt: Danach beträgt die Zahl derjenigen, die solche Narkotika, hauptsächlich Opium und Kokain, gewohnheitsmäßig ohne ärztliche Verordnung gebrauchen, auf mehr als eine Million Menschen. Man nimmt an, daß von allen Drogen, die in den Vereinigten Staaten gewaschen werden, mindestens 90 Proz. nicht von den Ärzten zu Heilzwecken verpreschrieben sind.

Literarisches.

Festscheit für Kriegshinterbliebene. Herausgeber: Reg.-Rat Fritz Hoffmann. Referent im Reichsarbeitsministerium. Preis 2 RM und 20 Kopfen Buchhändlerzuschlag. Verlag Gesellschaft und Erziehung G. m. b. H., Berlin-Friedrichshagen.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbüreau, Redaktion und Expedition der „Verbands-Zeitung“: Berlin S. 27, Schillerstraße 65. Verantwortl.: Max Köstlich 275.

Diese Woche ist der 18. Wochenbeitrag fällig.

Richtige Beitragsberechnung.

Die eingehenden Abrechnungen für das 1. Quartal 1920 ergeben, daß in noch einer Reihe von Zahlstellen dem Lohn entsprechend zu niedrige Beiträge gezahlt werden. Dem Stand der gegenwärtigen Löhne nach kann nur noch ganz vereinzelt ein reiner Verbandsbeitrag von unter 1 RM in Frage kommen.

Ausgang, Zahlstellenvorstände.

Dieser Tage ist den Zahlstellenvorständen ein Rundschreiben A. Nr. 2 zugegangen betr. Lokalbeiträge. Es wird dort angeordnet, zu diesem Schreiben sofort Stellung zu nehmen und uns die geeigneten Beschlüsse mitzuteilen.

Verbleibende Fragebogen III Sozialkassen.

Von folgenden Zahlstellen fehlen noch die Fragebogen: ... (Liste von Zahlstellen)

Geschuldigte Lokalbeiträge.

Für die Zahlstelle Heilbrunn 20 RM, Dortmund 20 RM, ... (Liste von Beiträgen)

Der Verbandsvorstand

Eingänge der Hauptkasse vom 19. bis 24. April.

Ingolstadt 1259,95; Würzburg 2774,40; Bochum 1500,-; ... (Liste von Einnahmen)

Materialverband.

(A. = Mitgliedsarten B. = Mitgliedsbücher. Der Wert der Beitragsmarken ist in Klammern [ca 80 Wm.] angegeben.) ... (Liste von Materialverband)

Aus den Bezirken und Zahlstellen.

Seelgard i. Pom. (Neue Zahlstelle.) Vorsitzender: Franz Schröder, ... (Liste von Aus den Bezirken)

Veranstaltungsankündigungen.

Sonabend, den 1. Mai. ... (Liste von Veranstaltungen)

Stippstadt. 9 1/2 Uhr vorm.: Lokal Freisch. Lübecke. Vorm. 10 Uhr: Lokal Eisenmeier. ... (Liste von Veranstaltungen)

Briefkasten.

Chemnitz, Rottahmünster. Versammlungsentgegen für vorige Nummer der „Verbandszeitung“ zu spät eingetroffen.

Advertisement for beer shoes (Brauereischuhe) and other products, including text about quality and prices.